



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



14.10.2022

Ausgabe 018

Gaspreisbremse: Wir fordern schlüssiges Gesamtkonzept Zudem: Migrationspolitischen Sonderweg in Europa sofort beenden

Die Unionsfraktion fordert von der Regierung ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Entlastung der Bürger vom Energiepreisschock. In einer [aktuellen Stunde](#) des Bundestages verlangten wir eine Antwort darauf, wie Bürger und Mittelstand den Winter überbrücken sollen, wenn die Gaspreisbremse erst im Frühjahr greift. Zu einem Gesamtkonzept gehört unserer Ansicht nach auch die Ausweitung des Energieangebots.

Die von der Regierung beauftragte Expertenkommission hatte die Einführung einer Gaspreisbremse ab März vorgeschlagen. Den Winter sollen die Verbraucher mit einer entlastenden Einmalzahlung des Staates im Dezember überbrücken. Als CDU/CSU-Fraktion haben wir Respekt vor der Arbeit der Kommission, müssen jedoch auch feststellen, dass die Gaspreisbremse bei genauerer Betrachtung viele Detailfragen aufwirft.

Grundsätzlich ist es natürlich schon fragwürdig von der Regierung, dass sie den Entwurf eines Entlastungskonzepts überhaupt auf eine Kommission übertragen hatte. Man könnte das auch „Outsourcing von Verantwortung“ nennen.

Für besonders fatal halte ich die Tatsache, daß die Kommission ihre Vorschläge unter hohem Zeitdruck vorlegen musste, während die Regierung den Sommer über mit dem bizarren Streit über die Gasumlage vertrödelt hat. Sagen wir es deutlich: Die Verzögerung, mit der die Entlastung bei den Bürgern ankommt, geht auf das Konto der Ampel!

Schiefelage vermeiden

Zudem befürchten wir, dass sich die Gaskosten für Verbraucher trotz aller Entlastungsansätze mehr als verdoppeln werden. Das kann eine Familie mit geringem Einkommen kaum verkraften. Deshalb fordern wir eine bessere Unterstützung der Normalverdiener. Aufgrund zahlreicher Zuschriften aus dem Wahlkreis ist mir auch folgender Punkt sehr wichtig: Es darf keine Schiefelage zwischen den Beziehern von Gas, Fernwärme, Öl und Pellets entstehen. Die einseitige Fokussierung auf Gas schafft neue Ungerechtigkeiten!

Mehr Unterstützung für den Mittelstand gefordert

Sorgen mache ich mir auch mit Blick auf mittelständische Unternehmen und Handwerker, die den Winter nicht ohne Hilfen überbrücken könnten. Trotz der „Expertise“ des Bundeswirtschaftsministers haben wir eine zunehmende Zahl von Insolvenzen. Vom Abwarten werden deren Rechnungen nicht bezahlt! Im April ist die Heizperiode vorbei. Dann kann es für viele Unternehmen bereits zu spät sein. Unverständlich ist auch, dass der Mittelstand weniger entlastet werde als Großunternehmen.

Zuletzt: Auch die Ausweitung des Energieangebots ist wichtig, um die Preise zu dämpfen. **Alle** Ressourcen auf der Angebotsseite müssen genutzt werden: von der Biomasse über Kohle bis zu Kernkraftwerken. Je höher das Angebot, desto niedriger der Preis.

Ideologie können wir uns nicht leisten!

Migration: Sonderweg beenden!

In den vergangenen Monaten ist die Zahl der Asylgesuche in Deutschland stark angestiegen und hat seit August/September nochmals deutlich zugenommen. Von Januar bis August 2022 wurden in Deutschland 132.600 Asylanträge gestellt (115.400 Erstanträge, 17.200 Folgeanträge). Das sind 35,4 % mehr als im Vorjahr. Diese Zahlen enthalten noch nicht die Aufnahmen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, denn diese durchlaufen kein Asylverfahren.

Von der Bundesregierung haben wir bisher keine eindeutigen Angaben erhalten, wie dieser Anstieg zu erklären ist. Die Länder und Kommunen geraten durch diese Entwicklung aber enorm unter Druck. Auch durch die Aufnahme zahlreicher ukrainischer Kriegsflüchtlinge sind die Kapazitäten vielerorts erschöpft. Bürgermeister auch aus meinem Wahlkreis melden sich bereits wieder und warnen vor Überforderung! Eine weitere Verschärfung der Lage ist angesichts des Krieges in der Ukraine und der prekärer werdenden Situation von fast vier Millionen Syrern in der Türkei nicht auszuschließen.

Wenn die Bundesregierung nicht rasch reagiert, stehen wir vor einer Migrationskrise. Wir dürfen keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen. Wir stehen zu unseren humanitären Verpflichtungen – aber die Aufnahmekapazitäten müssen den tatsächlich Schutzbedürftigen zugutekommen.

Mit unserem [Leitantrag](#) in dieser Woche fordern wir deshalb: Die Bundesregierung muss ihren migrationspolitischen Sonderweg in Europa beenden. Sie muss die Pläne für das „Chancen-Aufenthaltsrecht“ und weitere Migrationspakete aufgeben. Es darf keine weiteren Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland und Europa geben.



Einführung eines Bürgergeldes

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Mit der Einführung des „[Bürgergeldes](#)“ plant die Ampelkoalition eine umfassende Reform. Dabei sollen die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden, zudem wird u.a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht. Für die SPD geht es auch noch um etwas anderes: Die Überwindung ihres „Traumas“ Hartz IV. Dabei wird übersehen, daß wir der „Agenda 2010“ unter anderem die Halbierung der Arbeitslosen-zahl verdanken!

Wir finden: Das Bürgergeldgesetz steht für verwalten, nicht für aktivieren. Es setzt die falschen Schwerpunkte. Das SGB II und das mit ihm eingeführte Prinzip des Förderns und Forderns haben sich bewährt!

Wir dürfen nicht vergessen: Zum Bürgergeld kommt noch die Übernahme der Miet- und Heizkosten hinzu. Mit z.B. Kindergeld kommt dabei eine Summe zusammen, die sehr nah an dem Einkommen liegt, die jemand mit einem kleinen Erwerbseinkommen durch 40 Stunden Arbeit pro Woche erhält. Wir müssen aufpassen, daß sich Arbeit auch weiterhin lohnt!

Alleinerziehende in der aktuellen hohen Inflation nicht allein lassen

In den vergangenen Monaten hat die Inflationsrate in Deutschland stark zugelegt. Insbesondere Heizkosten und die Preise für Lebensmittel sind stark gestiegen. Alleinerziehende tragen eine doppelte Verantwortung. Sie arbeiten zudem häufig in Teilzeit und müssen dafür Abstriche beim Verdienst machen.

Mit unserem [Antrag](#) fordern wir die Bundesregierung auf, als Sofortmaßnahme für Alleinerziehende den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben und das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuss anzurechnen. Die Bundesregierung soll zudem kurzfristig und unbürokratisch einen Kinderbonus in Höhe von 150 Euro einführen und den Freibetrag nach dem Wohngeldgesetz für Alleinerziehende nochmals um 20 Prozent anheben. So können wir Alleinerziehende in der aktuellen Situation schnell und effektiv entlasten.

Güterverkehrs- und Logistikbranche aus der Krise führen

Die Güterverkehrs- und Logistikbranche befindet sich seit Beginn der Corona-Pandemie in einer schweren Krise. Ging es zunächst darum, die Lieferketten und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, rücken nun andere Themen in den Blick der Öffentlichkeit: Durch den Zustand der Infrastruktur sind die Kapazitäten vielerorts weiter eingeschränkt. Dies betrifft insbesondere die Straßen- und Schienen-Infrastruktur, die durch den zunehmenden Verkehr überlastet sind. Auch die Wasserstraßen sind durch das extreme Niedrigwasser in diesem Sommer betroffen. Hinzu kommen die gestiegenen Energiepreise, die alle Verkehrsträger betreffen. In unserem [Antrag](#) bringen wir 11 Forderungen mit dem Schwerpunkt Straßengüterverkehr vor und fordern die Bundesregierung auf, mehr zu tun, um den betroffenen Unternehmen zu helfen und die Lieferketten zu stabilisieren.

Dem akuten Arbeits- und Fachkräftemangel in Deutschland widmen wir uns mit unserem [Antrag Fach- und Arbeitskräfte mit zielgerichteten Maßnahmen im Inland gewinnen](#).

Seit einigen Jahren steigt in Deutschland der Fach- und Arbeitskräftemangel. Stand heute sind 1,93 Millionen offene Stellen gemeldet. Besonders betroffen sind bislang Berufe in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Soziales und Bildung, Handwerk, Gastronomie und Hotellerie, IT, Metall und Elektro, Transport und Verkehr sowie Kulturwirtschaft. Die zurückliegenden Corona-Jahre haben die Mangellage noch verschärft.

Es ist absehbar, dass dieses Problem in den kommenden Jahren zusätzlich an Schärfe und Breite gewinnen wird, mit entsprechenden negativen Konsequenzen für das Wachstumspotenzial und die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft. Der politische Handlungsdruck ist hoch. In unserem Antrag schlagen wir deshalb eine Reihe von Maßnahmen vor, um die Gewinnung von Fach- und Arbeitskräften im Inland zu stärken.

Im Gebäudesektor ist eine deutliche Steigerung der energetischen Sanierungen notwendig. Nur so können wir die Klimaziele erreichen. Mit unserem [Antrag Mit steuerlichen Maßnahmen Wärmewende beschleunigen](#) zeigen wir die zahlreichen Hürden im Steuerrecht auf, die der Erreichung dieses Ziels entgegenstehen. Das – sowie zahlreiche weitere Punkte – wollen wir ändern, indem wir insbesondere folgende Maßnahmen fordern: Vermieter neu zu bauender Gebäude sollen eine Sonderabschreibung geltend machen können. Für Vermieter bestehender Gebäude wollen wir die anschaffungsnahen Herstellungskosten reformieren, Selbstnutzer neu zu bauender Gebäude einen Sonderausgabenabzug ermöglichen, für Selbstnutzer bestehender Gebäude die energetische Sanierung überarbeiten, WEGs unter die Stromeigenversorgung des EEG fassen und für alle Steuerpflichtigen steuerliche Erleichterungen bei PV-Anlagen schaffen.

Video der Woche



Der Cum-Ex-Skandal ist noch nicht beendet. Ohne Übertreibung darf man ihn einen der größten Steuerskandale dieser Republik nennen – und *ein* Mann steht der Aufklärung nach wie vor im Weg.

Warum war Hamburg z.B. das einzige Bundesland, das keine Cum-Ex-Rückforderungen gestellt hat?

Meine Meinung dazu findet sich hier: [KLICK](#)

Bilder der Woche

Am Montag und Dienstag dieser Woche habe ich den Deutschen Bundestag auf der [19. Tagung der SWKS-Konferenz](#) in Prag vertreten. SWKS steht für die Interparlamentarische Konferenz über Stabilität, wirtschaftspolitische Koordinierung und Steuerung in der Europäischen Union.

In der Diskussion mahnte ich an, dass die hohen Finanzmittel aus der Wiederaufbau- und Resilienzfazilität (RRF) die Inflation in den Mitgliedstaaten nicht weiter anheizen dürfen. Zudem führte ich einen Bericht des Europäischen Rechnungshofs an, der eine ungenügende Verzahnung mit den länderspezifischen Empfehlungen feststellt. Abschließend forderte ich einen engeren Austausch der Mitgliedstaaten untereinander und eine frühzeitige Einbindung der nationalen Parlamente in die entscheidenden Prozesse der RRF.



Zitat der Woche

«Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Lage, in der wir uns befinden, ist dramatisch. „Ich habe Angst“ – das schreiben die Bürgerinnen und Bürger uns Abgeordneten in den letzten Wochen immer wieder. In solchen Momenten frage ich mich: Was antworten Sie, die Abgeordneten der Ampelfraktionen, eigentlich den Bürgern? You'll never walk alone? – Ich hoffe, Ihnen fällt noch etwas Besseres ein; denn warme Worte heizen keine Wohnung!»

*Die Berliner Kollegin **Dr. Otilie Klein** in einer Bundestags-debatte über den Gaspreisdeckel.*

Die Mails, die mich erreichen, sind nicht weniger ernst; hier kommt wirklich etwas auf uns zu!